

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Mittwoch, 12. Dezember 1928.

8. Jahrgang.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Abrechnung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh

Nr. 254.

Eine Herausforderung.

Das „Prager Tagblatt“ meldet: Ueber die Durchführung der Ernennung eines Drittels der Mitglieder der Landesvertretungen durch die Regierung, ist bereits die Entscheidung getroffen. In Böhmen werden 27 Tschechen und 13 Deutsche ernannt werden. Von diesen gehören 28 der Regierungs-
mehrheit und 12 der Opposition an. (Bei den Wahlen erhielten die Regierungsparteien 34, die Oppositionsparteien 46 Mandate. Durch die Ernennung eines Drittels der Landesvertreter erhält die Regierung die Mehrheit: 62 gegen 38 Mandate.) In Mähren 15 Tschechen und 5 Deutsche (15 Regierungsfreundliche und 5 Oppositionelle). (22:18, 37:23). In der Slowakei 14 der Regierungsparteien und 4 der Opposition (21:15, 35:19), in Karpatenrußland 6 Regierungsfreundliche (6:6, 12:6). In Mähren-Schlesien wird auch ein Pole ernannt werden, der auf Rechnung der tschechischen Agrarier geht. In der Slowakei verlangen die Deutschen ein Mandat, doch ist über diese Forderung noch nicht entschieden worden.

Ihr wählt uns nicht, nun so korrigieren wir das Wahlschicksal durch Ernennungen, so denkt und handelt der tschechisch-deutsche Bürgerblock, indem er in schamlosester Weise durch Ernennung einer Mehrzahl von Angehörigen der Regierungsparteien in den Landesvertretungen sich die Herrschaft sichert. Insgesamt werden in die vier vor ihrer Konstituierung stehenden Landesvertretungen 84 Mitglieder ernannt, davon werden 63 den Regierungsparteien, 21 den oppositionellen Parteien angehören, in jedem der Länder an von den heutigen Usurpatoren der Staatsmacht gelenkten Drohpuppen so viel, als benötigt werden, um eine gut funktionierende Mehrheit dorthin zu stellen.

Schon ist, wie gemeldet wird, „die Entscheidung getroffen“ und wer sie getroffen hat, darüber braucht sich niemand den Kopf zu zerbrechen. Natürlich die Klique, die seit über zwei Jahren die arbeitende Bevölkerung matriert und tyrannisiert. Diese Klique, die einer vorübergehenden Stimmung und Verstimmung der Wähler es verdankt, daß sie sich des Staatsruders bemächtigen konnte, hat von allem Anfang an gewußt, daß ihr die genarrten und betrogenen Wähler niemals wieder Gelegenheit geben werden, sich in so schöner Seelengemeinschaft zusammenzufinden und sie hat für sich und für die von ihr vertretenen Besitzklassen herausgeholt, was nur herauszuholen war. Wollte man ziffernmäßig ausdrücken, was die Besitzenden durch die Fülle, die Steuerreform, die Handhabung der Verwaltung, die Zuckersteuer, die Kongrua usw. an materiellen Gewinnen aus den Massen des arbeitenden Volkes herausgepreßt haben, so würde man finden, daß die von den tschechischen und deutschen bürgerlichen Parteien gegründete G. m. b. H. ein gutes Geschäft, man kann schon sagen eine wahre Goldgrube war. Diese Beute genügte ihnen aber nicht und da sie wußten, daß einmal der Windstoß kommen werde, der sie aus ihren Positionen hinauswerfen werde, wollten sie wenigstens in den Verwaltungskörperschaften der Länder und Bezirke dauernd ihre Macht verankern. Darum beschloßen sie die Verwaltungsreform, welche bestimmt, daß neben den zwei Dritteln vom Volke gewählter Vertreter in den Landes- und Bezirksvertretungen ein volles Drittel Ernannter zu ihnen und mitzubestimmen hat. Zu dieser Ernennung der Privilegierten wird es nun in den nächsten Tagen kommen und wie der Bürgerblock dieses Ernennungsrecht für sich zu mißbrauchen gedenkt, dafür spricht obige Meldung.

Auch wenn das Ernennungsrecht nicht in so empörend einseitiger Weise zur künstlichen Schaffung einer durch die politische Meinung und Zusammensetzung der Wählerschaft nicht gerechtfertigten Mehrheit mißbraucht werden würde, wäre es ein Unrecht, eine Schandung der Demokratie. Nirgends in der Welt gibt es ähnliches, wie diese nur zu zwei Dritteln aus dem Willen der Wähler hervorgehenden Kör-

perschaften, denen die Verwaltung der Länder und Bezirke anvertraut sein wird. Nirgends, nicht einmal in Ost-Ungarn, wo man es, im Zeitalter des allgemeinen Stimmrechtes an das Grundrecht der Demokratie zu rühren, außer natürlich im Italien Mussolinis. Es sind faschistische Methoden, die hier Modell gestanden sind. Von Demokratie kann man bei der Zusammensetzung der Landes- und Bezirksvertretungen nicht mehr reden, denn wenn der jeweils am Stimmzettel befindlichen Parteienkonstellation die Möglichkeit in die Hand gegeben ist, eine vom Volke gewählte Mehrheit in eine Minderheit zu verwandeln — und dazu ist das Drittel Ernannter vollkommen ausreichend — kann man nicht mehr von einer Geltendmachung des Volkswillens, sondern nur von einer Diktatur sprechen. Diktatur, das heißt Diktatur der Bourgeoisie ist es, wenn man mit einem Federstrich das Ergebnis der Wahlen verfälscht und in sein Gegenteil verkehrt wird. In keinem der Länder wäre nach dem Wahlausfall vom vorletzten Sonntag für die Regierungsparteien eine größere Mehrheit herausgekommen, nur in der Slowakei wäre das Verhältnis: 21 Regierungsparteilern zu 15 Oppositionellen, in Böhmen dagegen wären die Bürgerblockler in einer hoffnungslosen Minderheit gewesen. Hier wurden 34 Vertreter der Regierungsparteien gegen 46 Oppositionelle gewählt, in Karpatenrußland stand das Verhältnis 6 zu 6, in Mähren 22 zu 18, auch hier also eine knappe Mehrheit, die der Bourgeoisie das Geschäftemachen nicht gerade sehr bequem und behaglich gemacht hätte. Alle diese mehr oder minder für die Regierungsparteien unerfreulichen Wahlergebnisse schafften sie mit einem Ruck aus der Welt, wenigstens soweit es die Zusammensetzung der Landes- und Bezirksvertretungen betrifft. Mehrheitswillen des Volkes, Mißtrauensvotum der Wähler, das ist alles für die Bourgeoisie Luft.

Wir regieren und wir haben entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung der Länder und Bezirke, denn das Ernennungsrecht befindet sich in unseren Händen und wir machen zu unseren Günstigen den ausgiebigsten Gebrauch davon, indem wir eben so viele unserer Kreaturen fabrizieren, als nötig ist, um uns dort allein herrschend zu machen. Noch fügen wir auch im Parlament schon als „Mehrheit“ beisammen und daß diese Mehrheit in der Bevölkerung des Staates keine Rückendeckung mehr findet, das übersehen wir einfach. So ruft der Bürgerblock durch die Art der Handhabung des Ernennungsrechtes der Bevölkerung zu. Um die übrigen zwei Drittel der Landes- und Bezirksvertreter zu wählen, dazu war ein ungeheurer Apparat notwendig, dazu mußten Millionen von Männern und Frauen an die Wahlurne treten und in einem tage- und nachteiligen Skrutinium wurden die Stimmen gezählt, die Mandate verteilt. Viel einfacher macht es der Bürgerblock. Er zählt aus, wie viel ihm in jedem Lande und Bezirke auf die erforderliche, zu allem fähige Mehrheit fehlen und ergänzt durch das Ernennungsrecht die ihm fehlenden Vertreter. Die Herstellung der gewünschten Majoritäten ist so die einfachste Sache von der Welt. Wunsch und Willen der Wähler, die kümmern sie nichts. Demokratie, die räumen sie auf durchaus „geschickliche“ Wege beiseite. Dem Vorstehenden in diesen Körperschaften sind unumschränkte Vollmachten in die Hand gegeben und da dieser nicht gewählt, sondern ernannt werden wird, kann man sich jetzt schon vorstellen, wie er diese Macht gebrauchen wird. Eine furchtbare drakonische Geschäftsordnung legt den Vertretern in diesen Körperschaften Handschellen und Fußfesseln an, aber das alles hat den Herrschenden nicht genügt, sie schütern sich mit Hilfe des Ernennungsrechtes nun auch noch die ihnen von den Wählern zum großen Teile abgeprobenene Mehrheit der Vertreter zurecht und damit glauben sie ihre Herrschaft in den Ländern und Bezirken für die Ewigkeit begründet zu haben.

Sie werden sich täuschen! Auch die Privi-

Keine nationale Autonomie in der Pensionsanstalt!

Die deutschen Regierungsparteien geben in der Smička auch die Landesstellen preis. — Troppau aufgelöst, Brünn lebensunfähig, Prag ohne wirkliche Autonomie. — Gemeinsame Erklärung der deutschen Opposition.

Der sozialpolitische Ausschuss nahm gestern in einer Sitzung, die bis halb elf Uhr dauerte, noch verschiedene Änderungen an dem organisatorischen Teil vor: § 78 wird dahin ergänzt, daß nicht nur der Vorsitzende, sondern auch die drei Stellvertreter vom Präsidenten der Republik ernannt werden; zum § 79 wurde ein Änderungsantrag Dubieckys angenommen, wonach zum Erwerb und Verkauf von Liegenschaften der Pensionsversicherung eine staatliche Genehmigung nicht erforderlich ist. § 80 wird dahin abgeändert, daß der Vorstand der Pensionsversicherung bestimmte Aufgaben an die Unteraussschüsse oder an die Direktion überweisen kann. Die Verhandlungen über die §§ 84 und 85, welche vom Sitz der Landesstellen der Allgemeinen Pensionsversicherung handeln, wurden auf die nächste Sitzung verlagert. Zum § 92, der von den Angestellten der Versicherungsanstalt handelt, wurde eine Ergänzung angenommen, dahingehend, daß die Dienstgebühren, die die Angestellten bis zum Tage der Wirksamkeit dieses Gesetzes erworben haben, ihnen auch weiterhin unverändert erhalten werden. Schließlich wurde der organisatorische Teil erledigt und dann noch der siebente Teil (über die Verordnungsrichtung) und der achte Teil in Angriff genommen.

Heute vormittags wurde die Sitzung fortgesetzt. Zur Verhandlung stand der erste Teil, der von der Vermögensverwaltung der Versicherungsanstalt handelt; auch hier wurden kleine Änderungen vorgenommen.

Nachmittag um 5 Uhr mahlte schließlich die Sitzung auf zwei Stunden unterbrochen werden, weil die Koalition in einigen Punkten immer noch nicht einig war. Es handelt sich namentlich um die §§ 84 und 85 (Deutsche Landesstellen), dann um den § 124 (Journalistenversicherung) und um die §§ 194 und 195 des Entwurfes der Kommission über die Dienstjahre und Kriegsdienstjahre sowie um die Uebergangsbestimmungen. Zur Beratung und endgültigen Erledigung dieser Punkte trat die politische Smička zu einer Sitzung zusammen.

Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen im Ausschuss wurde diesem der Vorschlag der Smička zur Fassung des § 84 des neuen Gesetzes vorgelegt. Er ist so ausgefallen wie die Sozialdemokratie befürchtet hat und wie sie es entgegen den Wahlversprechungen der Aktivisten den Angestellten als den eigentlichen Plan der Bürgerregierung vorausgesetzt hat.

Nach dem Vorschlag des Unteraussschusses wird die Landesstelle in Troppau aufgelassen, die Landesstellen in Prag und Brünn bleiben erhalten, aber ihre Wirkungsbereiche werden vom Ministerium durch Regierungsverordnung bestimmt. Sie werden nur in Mischstellen der Pensionsanstalt sein und deren Verkehr mit den Mitgliedern vermitteln, soweit das Ministerium es für gut findet.

Durch Regierungsverordnung wird auch bestimmt, welche Teile der bisherigen Landesstellen für Schlesien den Landesstellen in Brünn zuzuwenden sind. Für Mähren wird in den Vorschlag der Smička das bisher geltende Personalitätsprinzip beseitigt. Die Angestellten sollen nur bis 30. Juni 1929 in den bisherigen Landesstellen verbleiben, dann werden sie nach Regierungsverordnung gebietsweise zugeteilt werden. Das bedeutet, daß die deutschen Angestellten in Brünn, Strau-

und anderen größeren Städten der tschechischen Landesstelle zugewiesen und daß somit die deutsche Landesstelle in Brünn lebensunfähig gemacht wird. Auf diese Weise erzielt der Vorschlag der Smička die terminierte Vernichtung der deutschen Landesstelle für Mähren gleichzeitig mit der sofortigen Auflösung der Landesstelle in Schlesien. Die Auflösung der ohnehin dem Diktator des Herrn Sramel unterworfenen deutschen Landesstelle in Prag kann dann nur eine Frage der Zeit sein.

Bei den Deutschen Mitgliedern des Ausschusses rief dieser Vorschlag schwere Enttäuschung hervor, denn er stellt eine neue, unter Mitwirkung der Aktivisten beschlossene Herausforderung der Deutschen und eine Schädigung der deutschen Beamtenschaft, in erster Reihe der mährisch-schlesischen dar.

Es sprachen gegen den Vorschlag die Abgeordneten Genosse Taus und Genosse Schöfer, ferner Krebs und Goryhula sowie auch der tschechische Genosse Klein. Die Opposition verlangt nun, daß die Abstimmung aufgeschoben und daß nochmals verhandelt werde. Der Vorsitzende lehnt das mit dem Hinweis auf den Beschluß der Smička ab. Auch damit sind die deutschen Regierungsparteien einverstanden. Im Namen aller deutschen Oppositionsparteien gab hierauf Genosse Taus die Erklärung ab, daß die Opposition nach diesen Vorgängen eigentlich den Saal verlassen müßte; nur mit Rücksicht darauf, daß noch die Journalistenversicherung und einige andere Bestimmungen verhandelt werden, nehmen die Vertreter der deutschen Oppositionsparteien weiter an den Beratungen teil, sie behalten sich aber vor, ihren Abschied zu erklären.

Die Preisgabe der autonomen Landesstellen der Pensionsversicherung reicht sich würdig den übrigen Taten der deutschen Bürgerblockparteien an. Sie zeigt aber auch jenen Angestellten und Beamten, die am 2. Dezember den Christlichsozialen ihre Stimme gaben oder die Mosche-Kassa Partei wählten, die gerade in dieser Frage ihre Demagogie gegen die Sozialdemokratie spielen ließ und die Aktivisten in Schutz nahm, für wessen Interessen sie gestimmt haben!

Die Kriegsgefahr in Südamerika.

Washington, 10. Dezember. Der Panamerikanische Kongress betrachtet die Krise zwischen Bolivien und Paraguay für so ernst, daß eine sofortige Sitzung des Sonderausschusses unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Kellogg einberufen wurde, um die Lage zu erwägen. Inzwischen hat die bolivianische Regierung an das Staatsdepartement eine Note gesandt, die eine ausführliche Darstellung des Grenzzwischenfalles gibt, und versichert, daß die Kavallerie von Paraguay bolivianische Truppen auf bolivianischem Gebiet angegriffen habe. Es verlaute, daß die Note im wesentlichen identisch mit Noten ist, die an alle Regierungen gesandt wurden, mit denen Bolivien freundschaftliche Beziehungen unterhält, und den heute eigens zu diesem Zweck gebildeten Verleichts-ausschuss, unwürdig läßt. Bevor der Ausschuss heute abends seine Arbeit begann, machte der Geschäftsträger von Paraguay in Washington Mitteilung davon, daß die Delegierten seines Landes auf dem Panamerikanischen Kongress von ihrer Regierung ermächtigt worden sind, nötigenfalls an den Sitzungen des Ausschusses teilzunehmen.

legienburgen im alten Österreich wurden zu Falle gebracht und was die Bürgerblockparteien mit der Verfälschung des allgemeinen Stimmrechtes am Volke und an der Demokratie verbrochen haben, wird sich einmal an ihnen selbst rächen. Weder eine auf Bajonetten und Polizeiknüppeln beruhende Vorkerrschaft, noch eine durch Privilegien gestützte kann auf die Dauer Bestand haben. Die Zukunft gehört jenen, die die Massen des Volkes hinter sich haben und dazu gehören, wie die Wahlen beweisen haben, die Regierungspar-

teien nicht. Am Wahlsonntag ist ihnen ihr Todesurteil gesprochen worden. Was etwa noch geistert hat, um sie mit Schimpf und Schande davonzujaßen, werden die Wähler bei den nächsten Wahlen gründlich nachholen. Die frivole Korrigierung des Wahlschlusses, wie sie der Bürgerblockkoalition ins Werk setzt, aber auch die Wirkung anderer von ihr beschlossener Gesetze, die erst allmählich ihre schändlichen Folgen zeigen werden, werden für die Erzeugung der nötigen Stimmung der Wählerschaft Sorge tragen!

Inland.

Neuer Vorstoß der tschechischen Agrarier

Für höhere Viehpreise und ihre Vieh- und Hagelversicherung.

Die tschechischen Agrarier können nicht begreifen zu wollen, daß trotz ihrer sehr ansehnlichen Erfolge in der Tschechoslowakei und in Karpathien das Wahlergebnis vom 2. Dezember gegen ihr ureigenes System der Exploitation der Bevölkerung und der Neuorganisation der Agrarwirtschaft nicht gerade befriedigende Forderungen und Bitten von der Bevölkerung wie auch vom Staatsrat einen höheren Tribut. Davon legt ein Aufruf Zeugnis ab, den der „Denk“ am Samstag an die tschechisch-agrarischen Wähler und Parteigänger richtete und wo es heißt:

„Wir machen alle unsere Kräfte auf den Ernst der Zeit aufmerksam. Eine schwere Krise bedrückt den kleinen und mittleren Landwirt. Bäuer und Kleinlandwirte werden bedrängt durch die ausländische Konkurrenz der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten. Der wichtigste Grund unserer Misere ist, daß der Ertrag aus der heimischen Viehzucht, wird durch ausländische Konkurrenz künstlich herabgedrückt. Ueberdies werden in letzter Zeit Anschläge gegen unser kleines Viehvolk erhoben. Unsere inländischen politischen Parteien unternehmen sogar jenseits der Grenzen Aktionen, um Feindschaft gegen unser Viehvolk herbeizuführen. In nächster Zeit wird ein entscheidender Kampf in dieser Lebensfrage geführt werden. Aber auch in anderen Existenzfragen des kleinen und mittleren Landwirts nähert sich eine kritische Stunde. Er leidet unter katastrophalem Eigentumsverlust durch Krankheit des Viehs und durch Hagelschlag. Der Landwirt ruft nach billiger Versicherung gegen diese Schäden unter staatlichem Schutz. Unsere politischen Gegner jedoch wollen einen solchen Schutz nicht zulassen. Darum muß auch in dieser Sache ein erbitterter Kampf mit ihnen geführt werden. Die breiten Massen unseres Viehvolks verlangen, daß die Steuerbefreiungen nach dem Gesetz gerecht erfolgen und daß das Steuerwesen mit neuem Geist erfüllt werde. Im Interesse des Staates muß die landwirtschaftliche Produktion rasch gestärkt werden. Bereitet euch auf kommende ernste Tage vor!“

Also bleibt der Bevölkerung dieses Staates nichts anderes übrig, als sich auf „ernste Tage“ gefaßt zu machen oder den Agrariern bereitwillig höhere Viehpreise zu bewilligen, ihnen neue Millionen für eine grüne Parteiversicherung — pardon Vieh- und Hagelversicherung, bescheiden anzubieten. All dies fordern die Agrarier natürlich im Namen der — kleinen und mittleren Landwirte. Die Interessen der Großgrundbesitzer und Großbauern sind ihnen bekanntlich schuppe...

Hohe Bewunderung muß man überdies der Unverfrorenheit der stärksten Regierungspartei zollen, mit der sie heute ihr Kind die „Steuerreform“ verleugnet und einfach die Beamten für die höheren Steuerbefreiungen verantwortlich macht. Die politischen Alphabeten in Karpathien, welche zuletzt zum Agrarismus bekehrt wurden, werden dieses Entgegenkommen der Parteileitung an ihre Auffassungsvermögen gewiß mit Dank quittieren.

Auch die Arbeiterschaft wird aus dieser Andeutung herauslesen, daß ihr noch ernste Tage bevorstehen, wenn es ihr nicht bald gelingt, die Vorherrschaft des unerfährlichen Agrarismus in diesem Staate zu brechen.

Der Lehrling muß geohrfeigt werden —

— von wegen der Autorität.

Die Anfänge einer — wenn auch vorläufig noch so geringfügigen Jugendbeschäftigung — passen selbstverständlich den Herrn Gewerbetreibenden nicht. Daß der Lehrling das Recht haben soll, seinen Urlaub, den Abstinenztag, den geregelten Unterricht in der Fortbildungsschule von seinem „Lehrherren“ zu fordern — das paßt den Rittern aus dem Gewerbeamt ganz und gar nicht. Denn solche Dinge hätten ja schreckliche Zustände im Gefolge! Zum Beispiel würde ein bißchen Autorität des „Herrn Meisters“ ganz hübsch untergraben, was wieder zur Folge hätte, daß der Meister nicht mehr drauflos waschen könnte, „wie einst“. Und schließlich ist die finanzielle Einbuße auch nicht von Pappe, wenn der Lehrling nicht mehr länger als acht Stunden täglich arbeitet und auch die Hausnechtsarbeiten für die Frau „Meisterin“ nicht mehr besorgt, weil sie nicht zur Berufsausbildung gehören. Kurz: Wutgeheul über die legerische Jugendbeschäftigung!

Und die Presse, die das Gewerbe zu retten hat, heult mit.

Hier ein Beispiel aus der Saazer Wolf-Presse. Es möge gleichzeitig Zeugnis von dem Geist dieser Blätter geben, die sich (wobuch und wieso, weiß man ja), leider in die Stimme vieler Arbeiter geschlichen haben. Die Arbeiter mögen erkennen, wenn sie großziehen, wenn sie die diversen Blätter aus dem Wolf-Verlag abonnieren. Die „Morgenzeitung“ aus dem Wolf-Verlag bringt am 7. Dezember eine Gerichtsankündigung: Der „Herr“ Lehrling läßt seinen Meister bestrafen.

(Die Aufzählung steht im Original!) Der Sachverhalt ist der, daß ein Saazer Lehrling seinen Meister wegen einer Ohrfeige geklagt hat und daß der Meister verurteilt wurde. Und da kurz zuvor ein Gewerbeschüler einen seiner Lehrer wegen desselben Deliktes geklagt hatte, kennt die Wut dieses Blattes und selbstverständlich auch der Gewerbetreibenden keine Grenzen. So reaktionär nimmt sich das Blatt der Gewerbetreibenden an, daß es wert erscheint, es zu zitieren. Für die Lehrlinge hat es nur Spott, Hohn und Verachtung übrig. Schon zu dem einen Falle, daß der Gewerbeschüler einen Lehrer verklagt, bemerkt es ironisch, daß der Lehrer „den bedauerlichen Irrtum beging, eine Ohrfeige in einem Augenblicke, als seine Autorität auf dem Spiele stand, als Erziehungsmittel anzusehen“. In dem anderen Fall ist „selbstverständlich“ der Lehrling der Schuldige. Der Lehrling geht nach dem Unterricht, der vielleicht um 6 oder 7 Uhr abends beendet ist, nicht mehr ins Geschäft, sondern nach Hause, innerlich! Nachdem er ab 7 Uhr früh schon im Geschäft war! Dafür gibt es nur Ohrfeigen! Meinen die Gewerbetreibenden und meint das vor Haß gegen unterdrückte Menschen strotzende Wolf-Blatt.

Selbstverständlich ist die „Hege“ der kommunistischen Jugendorganisationen daran Schuld. Da die Sozialistische Jugendorganisation in noch größerem Maße eine ihrer ehesten Aufgaben darin erblickt, die Lehrlinge gegen profitorientierte „Meister“ zu schützen, gilt das folgende aus der Gerichtsankündigung des Wolf-Blattes auch für sie.

„Es war ein recht sonderbares Dilemma, in dem der Firmenherr stand. Der Vater erließ das Züchtigungsrecht, der Meister macht Gebrauch davon, der Sohn erhebt Klage. Die Sache hätte vor Ironie gestrahlt, wenn der Vater noch dazu mit der Klage seines Sohnes nicht einverstanden gewesen wäre. So aber war er sogar der Auftraggeber. Es gibt eben unbegreifliche Eltern. Es ist erwiesen, daß auch in diesem Falle die kommunistische Jugendorganisa-

tion ihre Hand im Spiele hat und daß nur durch die Hege des Führers derselben die Klage überreicht wurde. Wieder einmal ein Beispiel, wie diese politische Seuche die gewerblichen Betriebe und deren Inhaber terrorisiert. Können sich die Lehrherren nicht dagegen schützen? Es gibt gewiß noch Mittel und Wege, um die vergiftende Tätigkeit dieses kommunistischen Gekapostels lahmzulegen.“

Wenn den Lesern etwas wirklich nicht in den Kram paßt, dann ist es eine „politische Seuche“. Selbstverständlich, wenn es sich zum Nutzen der arbeitenden Menschen auswirkt. Oder hat man es schon einmal als „politische Seuche“ bezeichnet, wenn der „Lehrherr“ den Lehrlingen auf alle erdenkliche Art schikanieren? Wenn er ihn um seine Beiträge zur Krankenversicherung betrug? Den Stoffsensur gegen die „kommunistische“ Jugend verstehen wir. Er wird aber nur nicht viel Erfolg haben.

Aber es kommt noch schöner! Daß das Gericht die „Unverschämtheit“ befand, eine Ohrfeige nicht als „Züchtigung“, sondern als Mißhandlung oder gar als Körperverletzung zu betrachten, bringt das Blatt der Gewerbetreibenden vollends aus dem Häuschen.

„Ja, ja, da kann der Mensch mit gesunden Ansichten und unverbildeten „ungebildeten“ wäre besser! D. Red.) Rechts empfinden nicht mehr mit. Es zeigte sich wieder einmal die große Lücke im Strafgesetz, das keine Schul- und Arbeitsgerichte (für Jugendliche) kennt, trotzdem sich diese z. B. in Deutschland glänzend bewähren. Man wundert sich an den maßgebenden Stellen über die Verrohung und Gewissenlosigkeit der heutigen Jugend, ohne zu wissen, daß man diesen Sünden Vorwurf leistet. Man führe endlich eine den gegebenen Zeitverhältnissen entsprechende Rechtsreform durch, sonst wird der Staat von diesen Staatsbürgern, die jetzt herangetragen werden, in Bezug auf Autorität einmal eine derartige Anerkennung einbekommen, wie auch einst der Dank des Sohnes an seinem Vater, der dem Lehrling in den Rücken fällt, bestimmt aussehen wird.“

Was sich diese Herren unter einem Arbeits- und Schulgericht für Jugendliche vorstellen mögen!

Die verrohte „heutige Jugend“, vor allem die Arbeiterjugend, wird trotzdem nicht zugeben, daß Lehrling und Lehrlinginnen zum Freiwilligsgeldzieler Unternehmer werden, die sich in der Maste des „Lehrherren“ das Recht anmaßen, ihre sehr erschütterten Finanzen auf Kosten der Lehrlinge wieder in Ordnung zu bringen. Jugend-schuld wird weiter unsere Aufgabe sein. Trotz der Meister, trotz des arbeitserfindlichen Schmocks in der Wolf-Presse!

Die Arbeiter aber mögen den Preherzeugnissen, die für die Arbeiter nur Beschimpfungen übrig haben, den verdienten Fußtritt zuteil werden lassen: Hinans mit der Wolf-Presse aus den Arbeiterwohnungen!

J. Sch.

Der Hauptverband der Industrie gegen den Mieterschutz.

Nach einem Bericht in der „Prager Presse“ vom 7. Dezember hat der Deutsche Hauptverband der Industrie in der letzten Zeit, im Zusammenhang mit der Frage des Mieterschutzes bei Werkwohnungen, umfangreiche Erhebungen veranstaltet, als deren Ergebnis die Feststellung verzeichnet wird, daß 16 Prozent der Werkwohnungen von Familien bewohnt werden, deren Ernährer nicht Werkangehörige sind. Das Mieterschutzgesetz hindert die Unternehmer daran, die

werkstremten Wohnungsinhaber so ohne weiteres aus den Wohnungen zu entfernen und das ist der Stein des Anstoßes. Es wird im Bericht gesagt, daß in einer Reihe von Fällen die Einführung neuer moderner Verfahren und Methoden unterbleiben mußte, weil es nicht möglich war, die ausländischen Spezialarbeiter, welche zur Ausrüstung der neuen Einrichtungen notwendig waren, unterzubringen. Den größten Schaden habe aber die Parbewegung, weil viele Firmen, welche gerne daran gegangen wären, ihrer Arbeiterschaft neue Wohnungen zu schaffen, sich nicht entschließen konnten, solange sie damit rechnen mußten, daß Arbeiter, welche die Firma verlassen, nicht aus der Wohnung gebracht werden können. Es ist für die Industrie gewiß unangenehm, wenn die fremden Arbeitskräfte nicht wunschgemäß untergebracht werden können, weil gerade in den Städten und Industrieorten eine fürchterliche Wohnungsnot herrscht; doch davon sind die angeblich 16 Prozent nicht frei zu bekommenen Wohnungen nicht schuld. Die Industrie hat überall nur für einen Teil, in den meisten Fällen nur für einen recht kleinen Teil ihrer ständig beschäftigten Arbeiter Wohnungen beschafft, so daß die 16 Prozent in Wohnungen ausgedrückt, eine meist geringe Zahl ergeben. Schließlich hätten die wohnungslos gewordenen fabriksfremden Personen mit ihren Familien den allgemeinen Wohnungsmarkt belastet und die Not nur vergrößert, da die Unternehmer die Freiheit der Wohnungsläubigung als Druckmittel gegen ihre Arbeiter verwenden hätten. Der Hinweis darauf, daß der Mieterschutz die Industriellen vom Bau neuer Wohnungen abgehalten hat und noch abhält, ist wohl nur für jene, die nicht wissen, daß neu erbaute Werkwohnungen nicht den Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes unterliegen. Die Volkswirtschaft und die Allgemeinheit wird also durch den Mieterschutz nicht geschädigt, wohl aber wäre es eine Waffe für die Unternehmer gegen ihre Arbeiter, wenn die alten Werkwohnungen aus dem Mieterschutz und Räumungsschutz ausgeschieden würden. Unsere Gewerkschaftsorganisationen und die gesamte Industriearbeiterschaft werden dieser Einstellung des Deutschen Hauptverbandes der Industrie ihr Augenmerk schenken müssen.

—gl.

Internationale Kohlenenquete.

SPD. Brüssel, 10. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das Internationale Bergarbeiterkomitee tagte am Montag in Brüssel. Vertreten waren England, Belgien, Frankreich, Polen, Tschechoslowakei, Norwegen und Deutschland. Den Hauptgegenstand der Beratung bildete die internationale Kohlenenquete des Völkerbundes. Vier Delegierte der Bergarbeiterinternationale berichteten über ihre Bemühungen in Genf, um anlässlich der Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes im Oktober mit der Leitung der Enquete eine offizielle Annäherung zu erreichen. Diese Bemühungen hatten keinen Erfolg. Die Delegierten konnten nur mit dem technischen Kohlenausfluß verhandeln. Es wurde ihnen gesagt, zu der Enquete würden keine Interessenvertretungen zugelassen, auch die Sachverständigen mußten unabhängig sein. Nur nichtamtlich konnten die Bergarbeiter ihre Auffassung zur Kenntnis bringen. Im übrigen sei das internationale Arbeitsamt beauftragt, die Arbeiterinteressen wahrzunehmen.

Das Internationale Komitee protestierte gegen diese Einstellung der zuständigen Stellen in Genf und beschloß, seine direkte Vertretung nochmals zu fordern. Inzwischen sind zwei Vertreter des Internationalen Arbeitsamts zur Sitzung des Bergarbeiterkomitees in Brüssel eingetroffen.

Der Schatz der Sierra Madre

Von H. Traven.

29

(Verlag der Büchergilde Gutenberg, Berlin 1923.)

Ich könnte das, was ich weiß, an eine Gesellschaft verkaufen. Aber es wird mir schwerlich jemand auch nur hundert Dollar darauf bezahlen. Die Leute wollen Taschengeld sehen. Die Taschengeld kann ich nur hier zeigen. Ich habe zudem gute Gründe, nicht allzu viel Lärm zu machen, weil sonst jemand mit sogenannten Rechten angerückt kommen könnte. Ich mache euch einen Vorschlag. Was ihr habt, behaltet ihr. Von dem, was von heute an einfließt, dadurch einfließt, daß ihr mit mir an meinem Plan arbeitet, erhalte ich zwei Fünftel.“

Die drei sahen sich eine Weile gegenseitig an und lachten.

Dann sagte Howard: „Spanne können wir uns selber vormachen, lieber Junge, und Geschichten können wir uns selber erzählen. Was meint ihr?“

Er wandte sich an seine Kameraden.

Dobbs sagte: „So oder so. Wir sind ja so gut wie durch und fertig. Wir verlieren nichts, wenn wir ein paar Tage zugeben.“

„Das denke ich auch, wir verlieren nichts. Wenn da wirklich etwas dran ist, warum soll man es nicht versuchen, da wir doch schon hier sind,“ meinte Curtin.

„Ich mache nicht mit,“ sagte der Alte. „Das sind Märbergeschichten, und ich habe genug von der Wilderei. Ich möchte wieder einmal ein richtiges Bett unterm Hintern haben. Mir langt es. Aber natürlich, wenn ihr hier mitmacht, muß ich auch mitmachen. Allein kann ich nicht gut die zwei Wochen durch den Busch und durch die Wüste jappeln.“

„Söre, alter Durche,“ sagte Curtin, „viel Lust, lange Überstunden zu machen, habe ich nicht. Ich habe da jemand auf mich warten. Wir wollen eine Woche draußgeben. Kommen wir in dieser Woche auf die Geschichte, die uns das Vögelchen da erzählt hat, dann ist es gut, und dann können wir ja sehen, ob es sich lohnt. Kommen wir innerhalb einer Woche nicht zu einem Ergebnis, dann gehe ich mit dir los, Alter. Alle damit einverstanden?“

Die sagten „Ja“, und der Fremde hatte das Wort, um seine Pläne anzulegen.

„Wie heißt du denn überhaupt, Mensch?“ fragte Howard.

„Lacaud,“ sagte der, „Robert Lacaud, aus Arizona.“

„Verwandt mit den Lacauds in Los Angeles, Mädeln?“ fragte Howard.

„Ja, von Großvaters Seite her. Aber ich habe nichts mit denen zu schaffen. Wir sind geschieden auf Tod und Verdamnis, und wenn wir überzeugt sein sollten, daß die in den Himmel gehen, dann können wir ein halbes Dutzend Mädchen ein, um in die Hölle zu kommen und nur nicht mit denen zusammenzufallen. Aber nur keine Sorge, die kommen nicht in den Himmel, diese Erbschleicher.“

„Dann mußt du dich aber verflucht dranhalten, daß man dich in den Himmel aufnimmt,“ lachte Dobbs, „so wie du jetzt beschaffen bist, wirst du wohl deinem Familiengeweig nicht aus dem Wege gehen können.“

„Vielleicht doch,“ sagte Curtin. „Wenn ich richtig informiert bin, hat man da verschiedene Siebabschreibungen, und er kann ja rechtzeitig den Antrag stellen, daß er nicht gerade in denselben Kessel eingetaucht wird, in dem die anderen ehrenwerten Mitglieder seiner erlauchten Familie schwören. So etwas läßt sich doch immer einrichten, denn Vögelchen hat doch ein Herz, wie

könnte er denn sonst so viel Spaß haben und immer so lustig und guter Dinge sein.“

Howard war aufgestanden, um nach den Eiern zu sehen, damit sie nicht zu weit abstreifen. Dabei war er auf einen höher gelegenen Vorsprung des Berges geklettert, um einen besseren Überblick zu haben.

„Hallo!“ rief er laut aus.

„Was ist?“ riefen Dobbs und Curtin gleichzeitig. „Sind die Eier fort?“

„Kommt rasch her. Aber verteuert rasch.“

Die beiden sprangen auf und liefen hinüber. Auch Lacaud folgte eilig nach. „Was ist das, da drüben, was da auf unsern Berg zukommt?“ rief der Alte. „Vielleicht kommt ihr das besser erkennen.“

„Das sind Soldaten oder berittene Landpolizei,“ sagte Dobbs.

Und gleich fügte er hinzu: „Ei, du Schuft, du infamer!“ Er wendete sich Lacaud zu. „Also das bist du. Die Entdeckung ging ja schnell.“

Mit einem Ruck hatte er den Revolver heraus und hob ihn gegen Lacaud.

Aber Howard, der hinter ihm stand, drückte seinen Arm nieder.

„Du bist im Unrecht,“ sagte Lacaud, der bei der raschen Bewegung des Dobbs gleich getorrt war. „Ich habe nichts mit den Soldaten oder mit der Polizei zu tun.“

„Höre, Kindchen,“ sagte Howard zu Lacaud. „Mach uns hier keine dicke Suppe. Wenn sie hinter dir her sind, dann los, aber sofort. Laß dich von ihnen sehen, aber wir wollen hier keine Polizei herauf haben. March, runter hier und auf ihren Weg, sonst jagen wir dich ihnen direkt in den Nacken. Wir können die hier oben nicht gebrauchen.“

Curtin war ein wenig höher geklettert und hatte lange und sorgfältig hinuntergesehen.

„Mal Geduld, Junge,“ sagte er. „Ich glaube, das sind keine Soldaten. Das ist auch keine Polizei. Sind unregelmäßig angezogen, haben auch verschiedene Gewehre. Wenn ich recht sehe, hat der eine einen mordsmäßig langen Schießprügel, der seine hundert Jahre alt ist. Ich weiß jetzt, was die sind. Das sind Banditen.“

„Verflucht,“ rief Howard, „da kommen wir aus dem Regen in das Sumpfloch. Banditen können wir noch zehnmal weniger gebrauchen als die berittene Staatspolizei. Das geht aus Leben. Die Polizei setzt uns fest, und da wir ja nichts verbrochen haben, nur gerade die Tage geschunden, können wir uns einigen. Aber bei den Banditen, da heißt es heißen.“

Als ob ihm plötzlich etwas einfiele, wandte er sich nun an Lacaud: „Na, Sohn, nun komme uns mal klar. Also du hast uns die Banditen hier heraufgewischt. Also Banditenhölle. Dachte ich doch eine Reisklang ganz richtig.“

„Ich habe auch nichts mit den Banditen zu tun,“ sagte Lacaud. „Daß mich einmal selbst sehen.“

Er kletterte hinauf zu Curtin, sah eine Weile angestregt hinunter und sagte dann: „Das sind Banditen. Ich weiß jetzt auch, was für Banditen. Habe ich auf der Dajenda des Senor Gomez gehört. Der hatte eine Zeitung mit der Beschreibung. Ich sehe da einen mit einem goldbronzierten Strohhut, der in der Beschreibung erwähnt wurde. Der hat Courage, daß er den Hut nicht umgetauscht hat. Wird sicher nicht wissen, daß der Hut in der Beschreibung ist. Die sehen ja keine Zeitung und können auch keine lesen. Das wären die allerletzten Banditen, mit denen ich etwas zu tun haben wollte.“

(Fortsetzung folgt.)

Schluktomödie des Mameludenparlaments

Rom, 8. Dezember. (Wolff.) Die letzte Sitzung der Kammer hat heute stattgefunden. Die meisten Abgeordneten waren im schwarzen Hemd erschienen, ebenso der Ministerpräsident und die Minister. Mussolini wurde eine Huldigungsadresse überreicht, die von sämtlichen faschistischen Abgeordneten unterschrieben ist. Mussolini ergriff dann das Wort zu einer Rede, in der er zunächst die Errungenschaften des Faschismus auf innerpolitischen Gebieten schilderte und dann die Bedeutung des neuen Wahlgesetzes betonte. Auch das Gebiet der auswärtigen Politik wurde von ihm kurz berührt. Immer mehr werde jetzt von allen Seiten vom Frieden geredet. Man habe sogar einen Friedensvertrag, nämlich den Kellogg-Pakt unterschrieben, der so erheblich sei, daß er angeblich als überlappig angesehen werden könne. Italien werde natürlich, auch wenn noch andere Friedenspakte kämen, nie förmlich unterschreiben. Gewisse Leute behaupteten, daß dieser wunderbare Frieden nur durch den italienischen Imperialismus gestiftet werde. Während aber die ganze Welt derart nur vom Frieden rede, bewaffneten sich alle Nationen bis zum Äußersten. Wenn man eine Lösung aufschlage, ließe man nur von neuen Unternehmungen, von neuen Kriegen und anderen Dingen. Wenn diese Kämpfe bei den anderen Nationen weitergehen sollten, werde er sich verpflichtet fühlen, im Interesse der Sicherheit Italiens gleichfalls mit neuen Militärforderungen vor die Kammer zu treten. Schließlich erklärte Mussolini, daß Italien es sich lang überlege, ob es einer Nacht seine Freundschaft schenken solle. Wenn Italien aber einmal einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen habe, dann werde es sich nicht davon abbringen lassen, sondern es zum Äußersten gehen. Am Schluß seiner Rede sprach Mussolini den Wunsch aus, daß ihm der Himmel die Gnade verleihe möge, ihn so lange am Leben zu erhalten, daß seine Augen noch das große neue Italien schauen könnten. Stürmischer Beifall und das Absingen faschistischer Lieder folgten der Rede.

Man kann dem nicht gerade in Würde verstorbenen italienischen Parlament, das unter Abhängigkeit faschistischer Lieder und mit einer Huldigungsadresse an seinen Schlichter Harakiri machte, auch nicht nachsagen, daß es in Ehren gelebt habe. Ein Parlament war diese Versammlung faschistischer Lafaien und einiger gestimmungsloser Scheinliberaler nie gewesen. Was vom italienischen Parlamentarismus noch lebte, was die Tradition der italienischen Demokratie bewahrte, hatte längst Mussolinis Kammer verlassen und das Oppositionsparlament errichtet, das freilich keine Macht besaß, aber doch noch Jahre nach der Vernichtung der italienischen Freiheit eine moralische Macht und die Stimme eines unterdrückten Volkes darstellte, bis Mussolini den Oppositionellen die Mandate nehmen ließ.

Die Mehrheit, die nur von einigen liberalen Hospitanten assistiert, den Gesetzesvorschlägen und den Reden Mussolinis Beifall zuheulte, war immer eine Schande für die Geschichte des Parlamentarismus und ihrerthalben braucht man dem Parlament nicht nachzutrauern. Im Gegenteil, das nächste Parlament, das bekanntlich zur Gänze vom hohen Rat, das heißt von Mussolini ernannt wird, dürfte weit mehr als das jetzige die Einheit von Form und Inhalt der faschistischen Verfassung darstellen. Eine Kammer, die nur die Aufgabe hat, dem Duce die Staffage für seine Reden abzugeben, könnte sich ebenso aus Politikern wie aus Deputierten zusammensetzen. Die Auslese von faschistischen Ehrengemäthern, die Mussolini dazu erwählt wird, zeugen seiner Reden zu sein, wirkt ja das rechte Bild der faschistischen Demokratie ergeben!

Das Parlament des italienischen Volkes starb lange bevor die Kammerkammer von schwarzbehemdten Claqueuren ihr eigenes Ende befristete.

Mussolinis Abschiedsrede scheint ebenso hohl, ebenso trivial und ebenso provokativ gewesen zu sein wie alle seine früheren Reden. An wünschen wäre ihm, daß er nicht wie Moses das gelobte Land, wohl aber wie manch anderer Diktator das Ende seiner blutigen Herrschaft erlebte!

Der Völkerbund - telegraphiert.

Zugano, 11. Dezember. Der Völkerbund hat heute nachmittag in seiner Geheimkunft, in der die Aussprache über den Streitfall zwischen Bolivien und Paraguay abgeschlossen wurde, beschlossen, an die Regierungen von Bolivien und Paraguay Telegramme zu richten, in denen beiden Regierungen die friedliche Beilegung des Streitfalls und Wahrung empfohlen wird.

Schiedsgericht?

New York, 11. Dezember. Die Morgenblätter berichten über die von lateinamerikanischen Staaten in Washington und Genf unternommenen Versuche zur Beilegung des Konfliktes zwischen Bolivien und Paraguay und haben in ihren Leitartikeln hervor, dieser Konflikt sei ein typischer Fall für eine schiedsgerichtliche Entscheidung. „New York World“ meint, der Konflikt gelte jetzt die schiedsgerichtliche Beilegung des Konfliktes. „Weltliche Beilegung“, nämlich wenn jede Nation ihre eigene Auslegung dieses Begriffes vorbrachte.

Kongreß der Krankenversicherungsanstalten.

Der Kampf um die Sozialversicherung geht weiter!

Prag, 11. Dezember. Heute fand in Prag auf der Slowakischen Insel ein Kongreß der Krankenversicherungsanstalten statt, an dem 191 Anstalten, vertreten durch 391 Delegierte, 46 Vertreter von Korporationen und Behörden und 24 Vertreter von Gewerkschaften, insgesamt 471 Personen teilnahmen. Vertreten waren u. a. die Gewerkschaftszentralen, darunter der Deutsche Gewerkschaftsbund (Genosse Diacoun), die sozialistischen Parteien, darunter der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten (Genosse Pohl), mehrere Ministerien, die Zentralsozialversicherungsanstalt, das Pensionsinstitut und Handelskammern. Im Vorsitz saßen von deutschen Delegierten die Genossen Pohl und Bösmüller.

Auf der Tagesordnung befand sich der Kampf um die Verbesserung der Sozialversicherung, wozu drei Referenten sprachen. Der erste Referent, der tschechische Genosse Dr. Winter, überbrachte den Gruß des internationalen Verbandes der Krankenversicherungsanstalten und schloß damit, daß er der Hoffnung Ausdruck gab, der Wandel der politischen Lage, der jetzt anhält, werde auch eine Verbesserung der Sozialversicherung bringen. Der zweite Referent, Tschy, gab eine eingehende Kritik der Novelle zum Sozialversicherungsgezet. Deutscher Referent war Genosse Abgeordneter Hadenberg. Er führte u. a. aus:

Das Sozialversicherungsgezet von 1924 war das Produkt eines Kompromisses zwischen bürgerlichen und sozialistischen Parteien. Wir hätten schon damals ein besseres Sozialversicherungsgezet bekommen, wenn die gesamte Front des Proletariats bestanden hätte. Obwohl das Gezet den Forderungen der Arbeiterklasse nicht entspricht, haben wir es dennoch als ersten Schritt zur Lösung des Problems der Alters- und Invalidenversicherung entgegengenommen. Der auf Grund des Wahlergebnisses von 1925 gebildeten Koalition ist es aber nicht eingeleitet, die Mängel des Gesetzes zu beseitigen und den Bedürfnissen der Arbeiterklasse Rechnung zu tragen, sondern sie haben sich zusammengekauert, um abzugeben, was an sozialen Errungenschaften in diesem Lande geschaffen wurde. Unter dem Schlagwort einer Verbilligung der Sozialversicherung sind sie an die Verbesserung herangetreten. Aber die Novelle hat bedeutende Verschlechterungen gebracht, die man nur zum Teile abwenden konnte. Genosse Hadenberg bespricht sodann den Inhalt der Sozialversicherungs-Novelle und schließt mit den Worten: Unsere Parole muß sein, den Kampf zu führen gegen die Verschlechterungen und um die Ausgestaltung der Sozialversicherung. Zu diesem Kampf müssen wir die arbeitende Bevölkerung aufrufen.

In der Debatte sprachen von tschechischen Rednern Polach-Brüm, Bofechy-Prag, Ing. Lepostoff-Weinberge, Pouny-Godwig, Brucka-Ponka-Pystrica, Karpas-Mähr, Ostrau, Kromholz-Pilsen, Kasek-Pradim, von deutschen Rednern die Genossen Bösmüller-Gablonz und Heeger-Jägerndorf.

Es wird sodann eine Resolution angenommen, in der als

programmatif: Forderungen

folgende aufgezählt werden:

1. Der Kreis der Versicherung hat obligatorisch alle Personen im Arbeits- Dienst- oder Lehrverhältnis zu umfassen, wobei die Möglichkeit gegeben werden soll, die Versicherungspflicht auch auf selbstständig erwerbstätige Personen auszuweiten, soweit sie nicht mehr als zwei Personen beschäftigen.

2. Die Versicherung ist von einheitlichen

Washington, 11. Dezember. Die Konferenz des Panamerikanischen Kongresses, die sich mit der friedlichen Beilegung des Konfliktes zwischen Bolivien und Paraguay befaßt, hat heute beschlossen, an die Regierungen von Bolivien und Paraguay Telegramme zu richten, in denen beiden Regierungen die friedliche Beilegung des Streitfalls und Wahrung empfohlen wird.

Drei Piloten verbrannt.

Berlin, 11. Dezember. Das auf dem Flug von Köln nach Berlin befindliche Flugzeug „D 1473“ mußte aus bisher unbekannten Gründen bei Vöhl eine Zwischenlandung vornehmen. Dabei wurde die Maschine schwer beschädigt und verbrannte nach der Landung. Der Passagier blieb unverletzt. Die Besatzung, bestehend aus dem Flugkapitän Dr. dem Ingenieur Müller und dem Junior Orgel, kam ums Leben.

Die amerikanischen Wahlen.

Ein Überblick über das Ergebnis der amerikanischen Wahlen wird erst in einigen Wochen endgültig möglich sein. Vor allem wird die genaue Feststellung der Gesamtstimmenzahl der sozialistischen Partei erst spät erfolgen. Jedemfalls läßt sich aber bereits heute sagen, daß die Zahl von rund einer Million Stimmen, die Eugen Debs im Jahre 1920 erreicht hat, nicht wieder erlangt worden ist. Ein Vergleich mit 1924 ist nicht möglich, da damals kein eigener sozialistischer Kandidat aufgestellt wurde und die sozialistischen Wähler für La Follette stimmten.

Versicherungsträgern, die auf territorialer Grundlage errichtet werden, durchzuführen.

3. Die Leistungen der Invaliditäts- und Altersversicherung sind zu erhöhen und zu erweitern. Insbesondere wird die Forderung nach der absoluten Witwenrente, nach Krankenversicherung der Rentner, nach Herabsetzung der Altersgrenze, die für den Fall der Altersrente erforderlich ist, erhoben. Die Staatsbeiträge zu den Renten sind zu erhöhen.

4. Die Leistungen der Krankenversicherung sind um obligatorische Geldleistungen an Familienmitglieder im Falle der Ritterschaft zu erweitern.

5. Für die Einweisung in die Schutzklassen hat der Gesamtlohn des Versicherten ausschlaggebend der Normalbezüge maßgebend zu sein.

Zum Zwecke der vollständigen Erfassung der Lohnverhältnisse ist die Zahl der Lohnklassen, insbesondere in ihrer Obergrenze zu erhöhen.

6. Die Karenzfrist in der Krankenversicherung ist zu beseitigen.

7. Der Versicherungsbeitrag, und zwar sowohl für die Invaliditäts- und Alters-, als auch für die Krankenversicherung ist zur Deckung der angeführten Forderungen angemessen zu regeln.

Die Entscheidung über die Höhe des Krankenversicherungsbeitrages ist der autonomen Entscheidung der maßgebenden Organe der Versicherungsanstalt bis zur Höhe von 6 % des durchschnittlichen Tageslohnes zu überlassen, darüber hinaus hat die Zentralsozialversicherungsanstalt Erhöhungen zu bewilligen.

8. Das überflüssige Eingreifen der staatlichen Organe in die Selbstverwaltung der Sozialversicherung ist zu beseitigen. Die Zusammenlegung der Verwaltungsglieder der Krankenversicherungsanstalten und der Verwaltungskreis sind nach dem Gezet 22/24 zu regeln.

9. Die Verbände der Krankenversicherungsanstalten, die sich außerordentlich gut bewährt haben und denen die glatte Durchführung des Sozialversicherungsgezetes vorwiegend zu danken ist, sind obligatorisch aufrecht zu erhalten.

10. Die Tagung fordert mit allem Nachdruck die Einbeziehung der über 60 Jahre alten Personen in die Sozialversicherung, deren Ausbeutung als eine der größten Härten gegenüber diesen Bürgern der Sozialversicherung angesehen ist.

Die Sicherung der Lebenshaltung muß aber in einer wirksamen Versorgung und keineswegs in einem dinstigen Almosen bestehen.

11. Die Tagung fordert, daß die Versorgung der Arbeitslosen gegen die unverschuldete Notlage in einer ausreichenden Form durchgeführt wird.

12. Die Tagung verlangt mit allem Nachdruck eine der heutigen Zeit entsprechende Reform der Unfallversicherung und die Einbeziehung aller arbeitenden Stände, insbesondere der landwirtschaftlichen Arbeiter. Bei der Reform muß auch eine entsprechende Aufwertung der Renten erfolgen.

13. Die Tagung verlangt die rasche Sanierung der Bergarbeiterversicherung unter voller Aufrechterhaltung aller den Versicherten bisher zustehenden Rechte an Leistungen.

14. Durch Beiträge des Staates und der Unternehmer die Heilfürsorge der arbeitslosen Versicherten als wichtige Forderung des vorbeugenden Schutzes zu ermöglichen.

15. Die Pensionsversicherung ist im Sinne der Anträge der Ministerialkommission mit einem geringeren Staatsbeitrag und bei Beibehaltung der Selbstverwaltung der Allgemeinen Pensionsanstalt durchzuführen.

Nach anfeuernden Schlußworten der Vorsitzenden wurde die glänzend beschickte Konferenz, die nun für den weiteren Kampf um die Sozialversicherung das Programm formuliert hat, geschlossen.

Ganz besonders bedauerlich ist der Verlust des Kongreßmandats von Viktor L. Berger, der in Wisconsin geschlagen wurde. Es gelang ihm zwar, seine Stimmzahl gegenüber dem letzten Wahlgang um 16.000 zu erhöhen. Aber andererseits ist die Gesamtstimmzahl in Wisconsin um ungefähr 30.000 gestiegen, was auf die politische Erregung des Kampfes zwischen Republikanern und Demokraten zurückzuführen ist. Außerdem hat auch der technische Wahlsparat versagt, so daß zahlreiche Wähler nicht wählen konnten, weil nicht genügend Stimmzettel vorhanden waren. Die Differenz, mit der Viktor Berger in der Minorität geblieben ist, beträgt 2398 Stimmen.

In New York erhielt der sozialistische Präsidentschaftskandidat Norman Thomas nicht ganz 50.000 Stimmen. Die zwei anderen proletarischen Präsidentschaftskandidaten erhielten zusammen rund 11.000 Stimmen, wovon auf den kommunistischen Kandidaten 8848 entfielen. Die sozialistische Partei ist daher in New York, aber auch im ganzen Lande, weitaus die stärkste der proletarischen Parteien.

Der neue Senat wird 55 Republikaner (bisher 49), 39 Demokraten (45) und einen Bauern-Arbeitervertreter umfassen. Das Abgeordnetenhaus besteht nunmehr aus 260 Republikanern (237), 165 Demokraten (195) und einem Bauern-Arbeitervertreter (2). Die sozialistische Partei, die bisher durch einen Abgeordneten vertreten war, wird nunmehr keinerlei Vertretung im Parlament haben.

Tagesneuigkeiten.

Nach Genf.

Alle Jahr wieder
Zogen sie in Genf —
Fromm sind ihre Lieder,
Aber alt ihr Genf!

Prave Männer reden
Manchmal im Afford,
Dafür gibst Mäuten
Zählbar gleich am Ort.

Ach, es ist gemüßlich,
Man dimmt so nett —
Immer stimmt es friedlich,
Speist man im Dinst! —
Bis zum nächsten Kriege

Bis zum nächsten Kriege
Sind sie stromam bemüht —
Eine schöne Lüge
Hat dann ausgeblüht!

Aufs.

Der lebende Leichnam.

SPD. Ein nicht geringes und etwas unbehagliches Erstaunen packt am Samstag die biedereren Stadtbewohner und -Besitzerinnen der Markthalle in der Lindenstraße in Berlin, als mit der größten Gelassenheit ein seit drei Jahren Totgeglaubter, der Blumenhändler Otto Döring, plötzlich unter ihnen erscheint. Besonders zwei seiner engeren früheren Kollegen, zwei Blumenhändler, konnten sich vor Verwunderung kaum fassen. Was hatte es mit dem „Toten“ auf sich?

Otto Döring war vor etwa 3½ Jahren spurlos aus der Markthalle, wo er jahrelang einen Stand gehabt hatte, verschwunden. Seine Familienmitglieder sowie Kollegen und Bekannten meldeten sein Verschwinden bei der Polizei, deren Nachforschungen aber ergebnislos blieben. Im Juni 1925 fand man einen Mann im Grunewaldsforst erhängt auf. Die frühere Frau Dörings, der Portier des von Döring bewohnten Hauses und mehrere Standinhaber, denen die Bilder des Erhängten vorgelegt wurden, glaubten, in dem Selbstmörder Otto Döring zu erkennen. Der Tote wurde dann auch als Otto Döring auf dem Friedhof in Schildhorn bestattet; seine Grabtafel steht noch heute auf dem Grabe. Im September 1925 befehlte die zuständige Kriminalpolizei ausdrücklich, daß die im Grunewald aufgefundenen Leiche des anfangs unbekannten Mannes identisch sei mit Otto Döring. Auf Grund dieses Schreibens stellte der zuständige Standesbeamte am 5. Februar 1926 ordnungsgemäß die Sterbeurkunde aus.

Die Behörden hatten sich aber geirrt. Es war nicht Otto Döring, der sich im Grunewald erhängt hatte. Der Tote ist, wie man auch heute noch nicht, Otto Döring war jedenfalls vor 3½ Jahren, veranlaßt durch eine fiesliche Störung, aus Berlin weggezogen, ohne sich abzumelden und ohne jemanden zu benachrichtigen. Er fuhr nach Redenburg und nahm auf einem Gute eine Stellung als Gärtner an. Hier hielt er sich bis zu seinem jetzigen Wiederaufstehen auf. Trotzdem er auf dem Gute polizeilich gemeldet war und von dort aus mehrfach Briefe schickte, hatten die Berliner Behörden nie etwas von dem lebenden Döring erfahren. Für sie war er bis zum heutigen Tage tot und begraben auf dem Friedhof in Schildhorn.

Hoffentlich wird es dem „Wiederauferstandenen“ nicht so gehen wie seinem Leidensgenossen, dem Seemann Max Bofsch, der, trotzdem er gesund und munter auf der Erde herumläuft, von einer Hamburger Behörde amtlich totgefagt worden ist. Bofsch wartet bis heute noch auf seine amtliche beklagte Wiederaufstehung, die man ihm trotz seines leblichen Daseins immer noch verweigert.

Eine sozialdemokratische Abgeordnete überfahren.

Leipzig, 9. Dezember. Ein schwerer Unglücksfall, dem die sozialdemokratische Abgeordnete des sächsischen Landtages Frau Schilling zum Opfer fiel, ereignete sich kurz vor dem Bahnhof Borsdorf an der Strecke Leipzig—Dresden. Der Leipziger Personenzug, mit dem Frau Schilling fuhr, hielt kurz vor der Station Borsdorf, da er keine Einfahrt hatte. In der Meinung, der Zug sei schon in Borsdorf angelangt, stieg Frau Schilling aus. In demselben Augenblick kam auf dem Nebengleis der Schnellzug Dresden—Leipzig herangebraust. Frau Schilling wurde von der Maschine erfasst und auf der Stelle getötet.

Zugsentgleisung.

Wall-Referat, 11. Dezember. Heute vor 8 Uhr früh entgleiste bei Wall-Referat infolge Nachgebens der Schienen die Lokomotive des von Gullein verkehrenden Zuges. Niemand wurde verletzt. Die Verbindung wurde durch Umsteigen aufrechterhalten, doch ist die Strecke bereits wiederhergestellt.

Raubmord. Ein 38-jähriger, aus der Diederichs-Hofwiese stammender Mann, der auf dem Rittergut Polenz in der königlichen Schweiz beschäftigt gewesen war, und den man seit einiger Zeit vermisste, wurde Montag unter einem Heuhaufen auf dem Boden ermordet aufgefunden. Es war bekannt, daß er stets einen größeren Geldbetrag bei sich geführt hat. Unter bringendem Tatverdacht wurde ein auf dem Gut beschäftigter Arbeiter festgenommen.

Personalveränderung im Ressort des Herrn Justizministers. Als — bekannt — das Justizministerium jetzt vielleicht einen deutschen Sektionschef? Oder wird an einem Rechtsgericht endlich ein Deutscher zum Vorsitzenden ernannt? Ach nein! Mit solchen Kleinigkeiten gibt man sich dort nicht ab! Etwas weit wichtigeres und dringenderes ist jetzt im Justizministerium erledigt worden: wir haben einen neuen Scharfrichter bekommen! Tschekische Blätter melden darüber: Beim Justizministerium sind für die freie Stelle des Scharfrichters (der bisherige Scharfrichter Wohlshlager tritt mit Ruhe in den dauernden Ruhestand) ungefähr 40 Gesuche eingelangt, darunter auch das Gesuch einer Frau aus Holland! Das Ministerium hat bereits den gewissenhaften Wachtmeister J. Basal zum Scharfrichter ernannt. Basal, der bereits bei der Hinrichtung Bakants und Leicans als Gehilfe Wohlshlagers tätig war, wird ab 1. Jänner Vertragsangehöriger des Justizministeriums sein. — Also ein Mann mit Praxis. Ja, im Justizministerium weiß man, was sich gehört. Endlich eine wahrhaft „christlich-soziale“ Maßnahme!

Bergmannsloß. In einer weisfällischen Ortschaft erhielt eine Bergmannswitwe, deren Mann im vorigen Jahre tödlich verunglückte, die Nachricht, daß ihre beiden Söhne in einem Bergwerke verschüttet und getötet wurden. Die Frau starb an den Folgen des Schreckes.

Hafenbrand. Dienstag früh gegen 5 Uhr gerieten infolge eines Brandes im Vaderaum des am Hamburger Afrika-Quai liegenden deutschen Dampfers „York“ etwa 2000 Sad Schwefel in Brand. Zur Bekämpfung des Feuers sind mehrere Löschzüge angerufen, die den Brand mittels des Schaumlöschverfahrens zu unterdrücken suchten. Die Höhe des Sachschadens kann noch nicht angegeben werden.

Ammoniakvergiftung. In der Holzpoliererei der Firma Siemens und Halske in Schandau plagte heute vormittags gegen 10 Uhr ein Ammoniakgas. Durch die ausströmenden Gase erkrankten elf Personen, und zwar zehn Frauen und Mann. Alle elf mußten in das städtische Krankenhaus in Schandau gebracht werden. Ihr Zustand ist jedoch nicht bedenklich.

Bauarbeiterstreik in Karlsbad. Am Montag sind im Karlsbader Bezirk die Bauarbeiter in den Streik getreten. Schon längere Zeit haben die Bauarbeiter des dortigen Gebietes Lohnforderungen gestellt und Verhandlungen verlangt. Diese Verhandlungen sollten nach den Zusagen der Unternehmer entweder am 30. November oder am 4. Dezember stattfinden. Da nun die Baumeister jedoch ihr Wort nicht hielten und die Verhandlungen immerwährend hinausgeschoben, traten die Bauarbeiter in den Streik, um vor allem die Unternehmer zu Verhandlungen zu bewegen. Tatsächlich haben die Bauarbeiter erreicht, daß sich die Baumeister zu Verhandlungen bequemen und Donnerstag, den 13. Dezember werden die Bauarbeiter zu den Ergebnissen dieser Verhandlungen Stellung nehmen.

Ein Wahnsinniger tötet sein Kind. Aus Olmütz wird berichtet: Der 32jährige Arbeiter Anton Drexler ermordete der Sonntag-Nacht in bestialischer Weise sein einziges Kind, einen zweijährigen Knaben. Das Kind war bei einer Familie Pyner in Pflege, da die Gattin Drexlers schwer leidend im Olmützer Landeskrankenhaus liegt. Montag früh nun fand Frau Pyner das Kind gräßlich verstümmelt vor. In einer Blutlache mit zertrümmerter Schädeldede lag der Knabe, zugebeut mit einer Decke, auf dem Bette. Als die Polizei in der Wohnung erschien, war der Mörder verschwunden. Er wurde nachmittags in der Umgebung von Olmütz aufgelesen und verhaftet. Er gab an, daß er Selbstmord begehen wollte, doch habe ihm der Mord gefehlt. Ueber die Beweggründe konnte Drexler keine Angabe machen. In der Nacht sei ihm plötzlich der Gedanke gekommen, das Kind zu töten. Da es sich augenscheinlich um einen Wahnsinnigen handelt, wird Drexler nach seiner Einlieferung ins Gericht psychiatrisiert werden. Seiner im Spital liegenden Frau hat man noch nicht gesagt, von der entsetzlichen Tat Mitteilung zu machen.

Forgeworfene Zigarette — drei Todesopfer! Auf einem Bauplatz in der Nähe der Vorstadt Moscov bei Warschau brach in einer Parade Feuer aus, wobei drei Arbeiter verbrannten. Das Feuer, das durch eine forgeworfene Zigarette entstanden zu sein scheint, breitete sich erst aus, als die Arbeiter eingeschlafen waren. Als die Arbeiter erwachten, war ihnen der Ausgang durch die Flammen versperrt. Auch zwei Arbeiter, die gerettet werden konnten, hatten bereits schwere Brandwunden davongetragen, so daß an dem Aufkommen eines von ihnen gezweifelt wird.

Eine zweite Theresie Konnerent. Merkwürdige Spulgeschichten tauchten vor einigen Wochen aus der Umgebung des pommerischen Dorfes Polchow auf. Man sprach von einer Konnerenthere, die sich in einem Ziehbau in der an dem vielbesuchten Bärner See gelegenen Kolonie Barman abspielte. Dort wohnt die Familie des Lokomotivführers Kühn mit zwei Töchtern, der 25-jährigen Alma und der um zehn Jahre jüngeren Schwester Elli. Von der Alma erzählten sich die aus der Umgebung herbeigekommenen Neugierigen, sie sei ähnlich wie die Theresie von Konnerent, von einem Geist inspiriert und habe sich viel mit Spiritismus befaßt. Wenn sie ihre „Touren“ frische, dann rufe sie die Geister an, die sich durch Klopfen ankündigten. In Almas Verfall sei es einmal beson-

Ein toller Chauvinist.

Was reichsdeutsche Genossen auf einem tschechoslowakischen Grenzzollamt erlebten!

Drei tschechische Genossen übermitteln uns die Abschrift eines Briefes, den sie an die Deutsche Gesandtschaft in Prag richteten und in dem es heißt:

„Am 3. November 1928 trafen wir am tschechoslowakischen Grenzzollamt in Kupperhammer-Grünthal ein, um die am 30. Juni d. J. angebrachten Plomben von unseren Fahrrädern lösen und die Triphyls beschleunigen zu lassen. Es ist uns zuvor in Olovrnau auf wiederholte Fragen ausdrücklich erklärt worden, daß das Grenzzollamt jederzeit offen sei.

Die Kanzlei des Zollamtes war beleuchtet. Wir betraten den Raum und erklärten dem Zollbeamten Anton Gladka (Gladka?) in durchaus ruhigem Ton, daß wir gern die Plomben von unseren Fahrrädern gelöst haben möchten. Was nun folgte, war ein so widerliches Schauspiel, daß es uns nur mit großer Mühe möglich war, ruhig zu bleiben. Der Beamte, der in Zivil war, schrie uns an, wir sollten hinausgehen, er habe nur bis 6 Uhr Dienst. Wir wollten erklären, daß uns das nicht bekannt gewesen sei. Es kam nur zum schwachen Anfang eines Erklärungsversuchs, denn der Zollbeamte erging sich in den unerhörtesten Beschimpfungen gegen uns, die auf der einen Seite erkennen ließen, daß diesem Herrn jedes leise Gefühl für die Würde eines Beamten verloren gegangen war, die aber zum anderen zeigten, daß es ihm nur darauf ankam, sein wahrscheinlich jahrzehntelang gezüchtetes Selbstgefühl gegen alle außerhalb der tschechischen Nation stehenden Menschen zum Ausdruck zu bringen. Wie sollten wir uns sonst die Neugierungen erklären: „Denken Sie, die Tschechoslowakei ist eine deutsche Kolonie? Denken Sie, wir sind eure Sklaven?“ und „Der tschechische Zollbeamte ist wohl ein Hund? Wie machen es die deutschen Beamten mit unseren Landsleuten?“

Was hatten denn all diese stark nationalistisch gefärbten Neugierungen mit unserem Anliegen zu tun? Wenn die Tschechoslowakei als Staatsgebilde sich hinsichtlich des Grenzverkehrs mit Fahrrädern vertraglich verpflichtet, so müßte nach unserer Auffassung die Erfüllung dieser Vertragsverpflichtungen möglich sein, unbeeinträchtigt durch nationalistische Tendenzen, die in diesem Falle so unerhört hervorgetreten sind.

Der Beamte warf uns unter gemeinsten Beschimpfungen und in einer uns völlig unbegreiflichen Erregung hinaus. Wir wollten dann in ein, allerdings noch auf tschechischer Seite stehendes Geschäftshaus gehen, aus dem uns Musik entgegenklang und in dem wir eine Erfrischung

des geheimnisvoll zugegangen; eine unsichtbare Hand habe das Kopfstück nach oben bewegt. Man erzählte sich weiter, daß das Mädchen mit seinen Familienangehörigen sogenannte Projektionen gemeint und dabei immer wieder Gott und den Heiland angerufen und ihre Lieben geglaubt habe. Während der Besichtigung des Hauses, der die untere Räume bewohnt, von der Familie Kühn behauptet, sie sei auf das angebliche Geisteranrufen eingestellt und habe den ganzen Zauber mit räumlich-platzartiger Klarheit inszeniert, erklärten die Eheleute Kühn, der Besitzer habe ihre Mädchen Elli und Alma hypnotisiert.

Alma, eine vollstänke Maid, hält die Angabe von der merkwürdigen Erscheinung in ihrem Bett aufrecht. Sie meint, eine unsichtbare Hand müsse das Kopfstück gelüftet haben. Einige junge Leute hätten sich unter das Bett gelegt und festgestellt, daß kein Mensch dabei seine Hand im Spiele hatte. Vater Kühn erzählt sogar, daß ein Mädchen aus dem Dorfe, das seine Hand auf das bewegte Kopfstück gelegt habe, seine Finger nur mit größter Mühe hätte wieder lösen können. Alma behauptet schließlich noch, daß sie das Medium des Hausbesizers gewesen sei, der Nacht über sie gewonnen hätte. Elli Kühn macht einen kranken und fast gestörten Eindruck. Beide Mädchen befinden sich gegenwärtig in ärztlicher Behandlung. Die Eheleute Kühn haben inzwischen eine Anzeige gegen den Hausbesitzer, der ihre Töchter hypnotisiert habe, eingereicht. Die Staatsanwaltschaft hat sich bereits der Sache angenommen und zwei Ärzte mit der Ausarbeitung eines medizinischen Gutachtens beauftragt.

Der kurze Rod. In einer Warschauer römisch-katholischen Kirche erregten sich die weiblichen Besucherinnen über ein junges Mädchen, das in einem auffallend kurzen Rod dem Gottesdienst beiwohnte. Als das Mädchen die Kirche verließ, wurde sie von einer ganzen Reihe von Frauen überfallen. In der Aufregung ging dabei nicht nur der beanstandete Rod in Fetzen, sondern das junge Mädchen wurde splitternaht ausgezogen und furchtbarlich verprügelt, bis es ihr gelang, sich in die Sakristei zu retten, die auf Veranlassung des Pfarrers sofort gesperrt wurde. Die Menge nahm aber eine so drohende Haltung ein, daß eine ganze Hundertschaft der Polizei ausrücken mußte, um die Ansammlung zu zerstreuen, die Rädelsführer zu verhaften und das schwerverletzte Mädchen ins Lazarett zu begleiten.

Ein Arzt betriegt Krankenassen um zwei Millionen. Die französischen Behörden sind einem ausgebreiteten Betrug auf die Spur gekommen, der von einigen Pariser Ärzten durch-

nehmen wollten. Dabei richtete ein vor dem Geschäftshaus stehender Herr, der die lauten Beschimpfungen gehört hatte, an uns eine Frage nach der Ursache dieses Auftritts. Wir erklärten ihm den Vorfall. Währenddessen aber beobachtete uns der Zollbeamte — der erst überhaupt keine, dann aber doch sehr viel Zeit hatte — und kam in erneuter großer Erregung über die Strafe herüber auf uns zu und schrie: „Was veranlassen Sie hier ein Meeting? Kommen Sie mit in die Kanzlei!“

Wir folgten dem in einer würdevollen Erregung befindlichen Beamten ohne jede Beirung in die Kanzlei des Zollamtes. Dort gelang es nur der unerhöhrlichen Ruhe der Unterzeichneten und dann wohl noch der Ruhe des später eintretenden Grenzbeamten, den völlig rasenden Beamten von Täuschlichkeiten abzuhalten. Es wurde eine Protokoll aufgenommen, wobei wir natürlich nur sagen durften, was dem Zollbeamten sagte. Ein einziges Wort der Verteidigung genügt, um die Erregung dieses Tscheken — er handelte nur als solcher, nicht als Beamter — zur Katastrophe zu treiben. Die Behandlung war so, daß sie jeder menschlichen Würde ins Gesicht schlug.

Als Ergebnis der langen Verhandlung verlangte man von uns zusammen 7.50 RM. Strafe, die wir bezahlen mußten, weil wir ja der Brutalität dieses Beamten wehrlos ausgeliefert waren.

Obwohl wir uns protokolllarisch verpflichten mußten, auf jede weitere Verteidigung zu verzichten — auch darin liegt nach unserer Auffassung ein schwerer Mißbrauch seiner Amtsgewalt —, gestatten wir uns zusammenfassend der wohlwöhl. Deutschen Gesandtschaft folgendes vorzutragen:

1. Wir möchten gegen die, jeder menschlichen Würde spörende Behandlung, die uns durch den tschechischen Zollbeamten Anton Gladka in Kupperhammer-Grünthal zuteil wurde, nachdrücklich Verwahrung einlegen und

2. bitten wir, feststellen zu lassen, ob der erwähnte Beamte berechtigt war, aus eigener Nachvollkommenheit von uns eine Strafe zu erpressen, die nach unserer Auffassung jeder rechtlichen Grundlage entbehrt.

Wir bitten ergebenst, unsere Beschwerde einer Prüfung unterziehen und uns eine kurze Erfolgsmitteilung zukommen lassen zu wollen.

Vermerken möchten wir noch, daß wir uns verpflichtet fühlen, in dem Organ unseres Radfahrerbundes öffentlich vor der Grenzübertrittsstelle Grünthal zu warnen.

geführt wurde und bei dem durch gefälschte Krankentassenanweisungen die Krankentassen um große Beträge betrugen wurden. Erwiesen wurde insbesondere die Schuld Dr. Priours, der der Besitzer von 14 Kliniken ist sowie außerdem ein Adressat am Monisterrat sowie Eigentümer eines Rennstalles. Priour wurde verhaftet. Die an den Krankentassen verübten Verbrechen hätten Priour jährlich gegen zwei Millionen Franken eingebracht.

Todesopfer eines Autowildlings. Aus Karlsbad wird gemeldet: Als der städtische Arbeiter Josef Běšl, der Montag mittags auf einem Wagen fuhr, in Döng bei Karlsbad anhielt und vom Wagen sprang, wurde er von einem mit großer Geschwindigkeit von Karlsbad kommenden Automobil erfasst, ungefähr 17 Meter weitergeschleift und mit großer Heftigkeit auf einen Schotterhaufen geworfen. Běšl wurde von einem Auto der Rettungstation ins Krankenhaus gebracht, wo er seinen Verletzungen erlag. Das Auto wurde von seinem Besitzer, dem Direktor des Gaswerkes, Wunderlich, geleitet. Nach der polizeilichen Feststellung fuhr der Genannte mit unverantwortlicher Geschwindigkeit.

Auf Grund geraten. Der 21.000 Tonnen fassende Amerikadampfer der White-Star Linie „Celtic“ ist am Montag vor dem Hafen von Queenstown (Irland) festgelaufen. Die Reisenden mußten an Land gebracht werden. Das Schiff konnte bisher noch nicht wieder flottgemacht werden. — In der Nähe von Dragö (Schweden) lief ein großer Dampfer, dessen Nationalität noch nicht einwandfrei festgestellt, auf einen Schoner aus Vornholm auf, der sofort unterging. Die Besatzung konnte sich nur mit größter Mühe mit einem Rettungsboot in Sicherheit bringen. Der Dampfer setzte nach dem Zusammenstoß die Fahrt fort, ohne sich um die mit den Wellen kämpfende Besatzung des Schoners zu kümmern.

Der Schnapsteinel. Bei Interlaken wurde ein 40jähriger Gelegenheitsarbeiter verhaftet, der in Raufsch seine 65jährige Mutter derart mit Fußtritten traktiert hatte, daß sie nach einigen Stunden qualvoll verstarb. Der bei der Tat anwesende Vater konnte nicht eingreifen, da er sinnlos betrunken war. Auch die alle Frau war betrunken, als der verhängnisvolle Jant ausbrach.

Ein selbstmörder Junge. In Sofia sprechen die Leute gegenwärtig viel von einem eigenartigen Vorfall, der sich dort vor einigen Tagen ereignete. Ein vierjähriger Junge, der in der Nähe seines

Devilenturie.

Brager Kurse am 11. Dezember.

	Geld	Bar
100 holländische Gulden	1853.00	1859.01
100 Reichsmark	802.45	806.45
100 Belgas	467.95	470.95
100 Schweizer Franks	848.50	851.50
1 Pfund Sterling	168.18 1/2	164.19 1/2
100 Lire	178.04	177.44
1 Dollar	33.65	33.85
100 französische Franks	131.22	132.44
100 Dinar	84.18	59.58
100 Bengas	587.05	590.05
100 polnische Zlotys	378.93	379.93
100 Schilling	473.35	476.25

Elternhauses den Arbeiten an einer Baustelle mit lindlicher Reugierde zuschaute, fand besonders Gefallen an einem Flaschenzug, an dem Baumaterialien in die Höhe befördert wurden. Als die Arbeiter gegen Mittag die Baustelle verließen, wollte der Knirps seine Kräfte an dem Flaschenzug versuchen. Dabei fiel ihm der Ankerhaken so unglücklich auf den Fuß, daß die große Sehe nahezu abgetrennt wurde. Ohne eine Kränze zu verziehen, hinkte das arme Büschchen dem Elternhause zu. Da ihm jedoch die baumelnde Sehe hinderlich war, setzte er sich auf das Trottoir, rief das Anhängsel ab und warf es fort. Passanten, die diese „Operation“ beobachtet hatten, trugen das Kind zum nächsten Arzt, der die Sehe endgültig amputierte. Diese Operation geschah bei voller Bestimmung des kleinen Patienten, der keinen Laut des Schmerzes von sich gab und nach der Operation sogar den Wunsch aussprach, aus Angst vor seinen Eltern allein zu Fuß nach Hause zu laufen.

Menschliche Pesten. In dem südfranzösischen Dorfe Arelly wurde ein greises Bauernpaar von Banditen, die ihren Opfern Messerstücke versetzten und die Fußhaken rösteten, gezwungen, die im Hause aufbewahrten Erbsarnisse zu verraten. Die Unmenschen sind mit ihrer Beute entkommen. — In Mantes wurde ein 35jähriges Mädchen von ihrem Geliebten, einem 60jährigen Maurer, mit einer Lampe niedergeschlagen und derart mißhandelt, daß es ihren schweren Verletzungen erlag. Die Tat geschah vor den Augen des siebenjährigen Kindes der Frau.

Lebendig verbrannt. In Pise bei Oberbay (Augsb) gerieten die Kleider eines neunjährigen Jungen, der mit einer brennenden Kerze die Toilette aufsuchte, in Brand. Als die Eltern auf die Hilferufe herbeieilten, hatte das Kind schon so schwere Brandwunden erlitten, daß es wenige Stunden später im Krankenhaus verstarb.

Das Brager Radiojournal wird Freitag, den 14. Dezember, um 19 Uhr Mozarts zweifelhafte Oper „Così fan tutte“ aus dem Neuen Deutschen Theater ausstrahlen. Die Ausstrahlung wird simultan mit allen tschechoslowakischen Stationen erfolgen.

Die Post- und Telegraphendirektion in Prag möchte alle diejenigen, welche eingeschriebene Postsendungen (reformanderte und Werbefreie, Pakete, Einlagen auf Postanweisungen und Schiedslagen) durch Vermittlung der Landbriefträger ausgeben, aufmerksamer, von den Briefträgern immer gleich bei Aufgabe der Sendung eine Interimsbestätigung zu fordern, die das Postorgan bei dem nächsten Postgang gegen eine Bestätigung des Postamtes auszuwechseln, wenn der eingeschobene Betrag oder der Wert der Pakete 100 K übersteigt. Zum das die Absender nicht, dann besteht die Gefahr, daß auf ihre allfälligen Reklamationen keine Rücksicht genommen werden wird.

Die Chelisch Friedens-Gesellschaft hat für die Schulen in Pöhamen einen Preis von 200 K für einen Mitschüler, 2 Preise zu 100 K für 2 Bürgerkinder und 2 Preise zu 50 K für 2 Volksschüler für den besten 10—30seitigen unter Aufsicht des Professors bzw. Lehrers ausgearbeiteten Aufsatz über die Notwendigkeit der Arbeit für den Frieden an, sowie es dem Schüler bekannt ist, über die Bedeutung des Völkerverbundes ausgeschrieben. Die Professoren oder Lehrer werden ersucht, die Arbeiten, die sie für den Konkurs als geeignet ansehen, bis zum 31. Dezember 1928 an den Vorstand der G. S. Dr. Karl Rubin, Prag II., Břichova 6, einzusenden.

Ein Denkmal für Walt Whitman. Die Stadtverwaltung von Brooklyn hat einem Antrage der Walt Whitman Memorial Association zugestimmt, eine Büste Walt Whitmans in einem öffentlichen Park der Stadt aufstellen zu lassen. Das wird das erste öffentliche Denkmal für den großen amerikanischen Lyriker werden.

Ein kulturgeschichtlich bedeutender Briefbund. Eine Anzahl von Briefen berühmter Persönlichkeiten an den Abbe Galiani, den großen italienischen Nationalökonom des 18. Jahrhunderts, dessen 200. Geburtstag auf den 2. Dezember fiel, ist kürzlich in Neapel entdeckt worden und soll demnächst in Buchform herausgegeben werden.

Brager Auto-Chronik. Montag nachmittags fuhr in der Moldanergasse in Prag VII ein Personenauto in ein Lastauto hinein. Das Personenauto wurde zertrümmert, der Fahrgast verletzt. — In der Husstraße in Zizkov wurde der Arbeiter Jaromir Hellerbrand von einem Personenauto überfahren. Er brach ein Bein und erlitt blutige Verletzungen.

Messerschneide. Gestern um 2 Uhr nachts wurde der 18jährige Badergehilfe Jaromir Janta aus der Wencesbrücke von einer aus vier Männern bestehenden Gruppe angerepelt und in Streit verwickelt, in dessen Verlauf er einen Hieb mit einem scharfen Gegenstand und einen Messerstoß in die Hüfte empfang. Wachleute fanden ihn betäubt auf und schafften ihn ins Krankenhaus. — Um 1 Uhr nachts wurde der 20jährige Postbeamte Franz Poketel in der Jaromirgasse in Rausch von einem Unbekannten angefallen und durch Messerschneide verletzt. Beide Male gelang es den Tätern, zu entkommen.

Praktische Weihnachts-Geschenke!

Wintermäntel

für Kinder, Knaben und Mädchen
Ski-Dreß nach Norweger Art.



„HIRSCH“
PRAG, Zelezná 14

Schutzmarke



Sie wissen nicht, welches Geschenk Sie wählen sollen?

Eine unverbindliche Besichtigung der riesigen Weihnachts-Auswahl des Warenhauses

Karl Lüftner, Prag

Václavské nám. 7

gibt Ihnen 1000 Geschenksideen!



Zum
Weihnachtsfest
Elektro-Lux
das Beste.



Muster
gratis und franko.
Auslagen Sonn- und Feiertags
geöffnet.

Modewarenhäuser

L. FISCHER & Co.

Zelezná 22-26 PRAG I. Zelezná 22-26

Damen-Wollstoffe für Kleider, Kostüme, Mäntel,
Seide für Wäsche, Kleider, Mäntel,
Weissware, Garnituren, Teppiche.

Spielwaren:

Bilderbuch von K 3,-, Baukasten
von K 11,-, Schaukelpferde
von K 89,-, lackiert.

5462

Kauft nur
gute Waren.

zephyr, popeline,
toshen, ruder,
seldentisch, etc.
Baldovsky, Breiter a Spol.,
Praga, Celetná 3.

Das beste Weihnachtsgeschenk.

Elektro-Lux

STAUBSAUGER
PARKETTBOHNER
KÜHLSCHRÄNKE
WASSERENT-
FETTUNGSFILTER

**Bis 24. Dezember
Verkauf
nur
auf Raten!**

Berufen Sie sich bei Ankauf
auf unser Blatt.

Verlangen Sie kostenlose und
unverbindliche Vorführung
in Ihrem Heim.

1000

ELEKTRO-LUX G. M.
B. H.
PRAG I., Příkopy 33.

Keine Kunst

mehr, sich

modern

und billig zu

kleiden,

wenn Sie Ihre

Garderobe

bei uns besorgen.

Vyhnal

Prag II., Václavské nám. 49
3709 Palais Avion.

Schmücken Sie ihr Heim zu den Feiertagen mit
TEPPICHEN

VORHÄNGEN

UEBERWÜRFEN

vom ältesten Fachgeschäft (gegründet 1854)

ARNOLD RUBIN, PRAG I.,

Havelská 19.

Eingang durch den Hausflur.

(Keine Schaufenster).

Ein schönes
**Weihnachts-
Geschenk**

von

Söhl

PRAG I. PŘÍKOPY-1.



André

Wien, Buchhandlung

**ANDRÉS BUCHHANDLUNG
PRAG II.**

PŘÍKOPY

5-93

PULVERTURN

Geöffnet bis 7 Uhr abends.